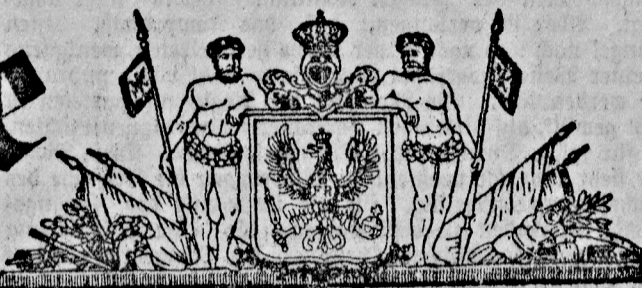


Vossische



Zeitung

1 Mark

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage "Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück- und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschullehrer, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 20 Mark. Anzeigen: Zeile 6 Mark und 6 2/3%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 3.50 M. netto die Zeile. Kein Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech. Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11854. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 690.

Der Kanzler stellt die Vertrauensfrage.

Abstimmung am Mittwoch.

Die Freitagssitzung des Reichstages hat mit einem Tumult, die gestrige mit einer Ueberraschung geendet. Nach dem Schluß der Aussprache über die Regierungserklärung zum Eisenbahnstreik stellte Reichskanzler Dr. Wirth den Reichstag vor die klare und unzweideutige Entscheidung, ob er in seiner Mehrheit im Kabinett die Fortführung seiner Politik ermöglichen wolle oder nicht. Er stellt die Vertrauensfrage in einer kurzen Erklärung folgenden Wortlautes:

„Es liegen fünf Anträge zur Tagesordnung vor. Es ist ganz klar, daß keiner der Anträge, wie sie jetzt vorliegen, geeignet ist, der Regierung das Vertrauen zu bekunden, das sie braucht, um weiterarbeiten zu können. Aber, meine Damen und Herren, volle Klarheit ist allein mit der Ablehnung der fünf Anträge, wo eine Partei womöglich gegen die andere sich auspielt, nicht zu schaffen. (Sehr wahr, sehr richtig.) Ich richte deshalb an die Regierungsparteien das Ersuchen und die Bitte, eine positives Vertrauensvotum einzubringen. In dieser Stunde der politischen Entwicklung des Vaterlandes muß Klarheit herrschen. Um diese Klarheit bitte ich Sie zur Weiterführung unserer politischen Arbeit.“

Diese Erklärung des Kanzlers kam nicht nur der Opposition, sondern auch den Regierungsparteien überraschend, von denen nur die Führer unterrichtet waren. Denn der Entschluß, sie abzugeben, wurde erst knapp vor dem Ende der Debatte gefaßt.

Wie stellte sich in jenem Augenblicke die Situation im Reichstage dar? Es lagen Mißtrauensanträge von vier oder, wenn man die Kommunisten der beiden Richtungen nicht als Einheit auffassen will, fünf Parteien vor: von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, den Unabhängigen und den beiden kommunistischen Gruppen. Zwei von den Anträgen, der der Deutschnationalen und der der Deutschen Volkspartei, waren erst um die Mittagsstunde eingebracht worden. Ueber den Antrag der Deutschen Volkspartei war am Nachmittag namentliche Abstimmung beantragt. Es war von vornherein klar, daß keiner dieser Anträge auf eine Mehrheit rechnen konnte. Denn sie waren in ihren Motiven und in ihrer Begründung einander zum Teil entgegengesetzt. Es war also an sich nicht zu befürchten, daß die Regierung durch irgend-eine zufällige Mehrheitskombination gestürzt werden könnte. Aber schon die Tatsache allein, daß vier — darunter drei große — Parteien des Hauses, der Regierung, wenn auch aus verschiedenen Gründen, das Vertrauen versagten, und daß diese vier Parteien — zusammengerechnet — annähernd die Mehrheit des Reichstages ergaben, konnte auf die Gesamtsituation des Kabinetts ungünstig zurückwirken und ihr einen großen Teil jener Autorität nehmen, deren sie besonders bei den laufenden außenpolitischen Verhandlungen bedarf. Insofern wurde gestern im Reichstag von einer Krise, von einer Erschütterung der Stellung des Kabinetts Wirth, gesprochen. Der Gedanke, den fünf Mißtrauensvoten ein Vertrauensvotum der Regierungspartei entgegenzustellen, ist gestern zwischen Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten mehrfach erörtert, aber immer wieder fallen gelassen worden. Die Regierungsparteien waren noch in den späten Nachmittagsstunden bereit, sich mit dem „indirekten“ Erfolg einer Ablehnung der Mißtrauensvoten zufrieden zu geben, weil sie besorgten, daß bei der Abstimmung über ein Vertrauensvotum in dem ungleich besetzten Hause das Kabinett in die Minderheit kommen und zu Fall gebracht werden könnte. Die Säulen im Zentrum, denen in der „Vossischen Zeitung“ bereits am Freitag erhebliche politische Bedeutung beigegeben wurde, waren auch gestern sehr bedeutend, nahezu die Hälfte der Fraktion war wegen der Verkehrsschwierigkeiten nicht zur Stelle.

So war es fünf Uhr nachmittags geworden. Als letzter Redner sprach der kommunistische Abgeordnete Bark vor leeren Bänken und leeren Tribünen. In einer halben Stunde etwa schloß man, müßte die Aussprache zu Ende sein; die Abstimmung beginnen. Da sah man den Abgeordneten Müller-Franken, den Führer der Sozialdemokraten im Saale erscheinen, zu den Bänken der Demokraten gehen, wo er kurz mit dem Abgeordneten Petersen sprach und sodann mit dem Abgeordneten Marx, dem Führer des Zentrums. Die drei Abgeordneten verließen den Sitzungssaal, und niemand im Saale ahnte, daß sich jetzt eine Ueberraschung vorbereitete, die der ganzen, anscheinend fatalen Situation eine neue Wendung geben sollte.

Die Führer der Koalitionsparteien waren zum Reichskanzler berufen worden. Der Reichskanzler teilte ihnen mit, daß er eine

indirekte Entscheidung des Reichstages durch Ablehnung der Mißtrauensanträge nicht hinnehmen, sondern den Reichstag vor die Vertrauensfrage stellen wolle, anders könne er die Politik des Reiches nicht weiterführen. Die Parteiführer stimmten nach einer kurzen Besprechung der Auffassung des Kanzlers zu. Während dieser wichtige Entschluß im Zimmer des Reichskanzlers gefaßt wurde, gab im Sitzungssaal

Abg. Bender für die sozialdemokratische Fraktion noch folgende Erklärung ab, die, ohne daß ers wußte, inzwischen überholt war:

„Die sozialdemokratische Fraktion kann den von den Abgg. Bark und Hoffmann gestellten Anträgen ihre Zustimmung nicht geben. Wir stimmen mit ihnen darin überein, daß die beschlagnahmen Gewerkschafts- und Streikgelder zurückgegeben und die vorgenommenen Verhaftungen restlos aufgehoben werden müssen. Das ist aber nach den uns von der Reichsregierung gegebenen Zusicherungen bereits geschehen. Einer Mißbilligung einzelner Regierungshandlungen werden wir aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

1. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist aufgehoben.
2. die Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsbereitschaft soll nach den Erklärungen des Reichskanzlers vor ihrer Regelung gemeinsam mit den Organisationen der Beamten, Angestellten und Arbeitern behandelt werden.
3. die Verhandlungen mit Vertretern der Streikenden sind nicht abgelehnt worden.
4. die Reichsregierung selbst hat erklärt, daß die Maßnahmen gegen Streikende keine Rachepolitik darstellen sollen. Wir werden den Reichskanzler darin unterstützen und unseren Einfluß aufbieten, daß im Sinne seiner Erklärung gehandelt wird.“

Während Abgeordneter Dr. Stresemann seine Erklärung für Stinnes abgab, über die an anderer Stelle berichtet wird, füllte sich der Sitzungssaal, erschien der Reichskanzler mit den meisten Mitgliedern des Kabinetts, ließ sich zum Worte melden und gab dann die eingangs wiedergegebene Erklärung ab. Sie wurde vom Hause mit überraschtem Schweigen aufgenommen. Unmittelbar darauf bestieg

Der Vertagungsantrag

Abg. Dr. Marx (Str.) die Tribüne und sagte: „Wir stehen vor einer außerordentlich wichtigen Abstimmung, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind. Es ist dringend erforderlich, daß allen Mitgliedern des Reichstages Gelegenheit gegeben wird, daran teilzunehmen. Diese Möglichkeit ist für uns zurzeit nicht gegeben. Ein großer Teil meiner politischen Freunde, die zum allergrößten Teil an der äußersten Grenze, im äußersten Westen und in Schlesien wohnen, hat absolut nicht die Möglichkeit gehabt, angesichts der immer noch in gewissem Maße andauernden Störungen des Verkehrs hierherzukommen. Ich beantrage deshalb, die Abstimmung heute nicht vorzunehmen, sondern zu vertagen auf Mittwoch oder auf Dienstag, wo, wie ich höre, die nächste Sitzung stattfinden soll, und ich bitte, in jedem Falle die Stunde, wo die Abstimmung stattfinden soll, möglichst spät zu legen, damit die Ankunft aller Mitglieder tünlichst sichergestellt ist.“

Abg. Ledebour (U. Soz.) widerspricht: Der Vertagungsantrag hätte nur einen Sinn, wenn Herr Marx selbst einen Antrag eingebracht hätte. Die Regierungsparteien haben sich aber offenbar noch nicht zu einem Antrag aufschwingen können. Herr Marx beantragt also die Vertagung der Abstimmung über einen Antrag, der noch gar nicht gestellt ist.

Während Ledebour spricht, schreibt Geheimrat Marx auf seinem Platte einen Antrag nieder und reicht ihn den Abgeordneten Petersen und Müller-Franken zur Unterschrift weiter. Der Antrag wird vom Präsidenten verlesen. Er lautet:

„Der Reichstag billigt die Erklärungen der Reichsregierung.“

Inzwischen sieht man links und rechts die Parteiführer sich über ihre Stellungnahme zum Vertagungsantrage verständigen. Präsident Loebe verkündet, daß er, wenn der Antrag angenommen werden sollte, die Abstimmung über den Vertrauensantrag auf Mittwoch, vier Uhr nachmittags, ansetzen würde. Die Abstimmung wird vorgenommen und wieder geschieht etwas Unerwartetes: Das gesamte Haus, mit Ausnahme der Kommunisten und der Unabhängigen, erhebt sich für den Vertagungsantrag.

Der Mut zur Entscheidung.

Von
Georg Bernhard.

Gestern hat der Reichskanzler endlich das getan, was er bereits vor der letzten großen Kanzlerkrise hätte tun müssen: er hat ein kluges Vertrauensvotum des Parlaments gefordert. Und siehe da: der Mut gebar den Erfolg.

Es war eine so nlebliche Parlamentspielerei vorbereitet worden. Jede einzelne der Parteien, die nicht zum Regierungsbündel gehören, hatte ihr eigenes „Mißtrauensvotum“ eingebracht. Jede Partei war dumpf entschlossen, nur für dieses eigene, aber gegen jedes andere Mißtrauensvotum zu stimmen. Alle Mißtrauensvoten wären daher mit wechselnder Majoritäten abgelehnt worden. Keine Partei übernahm somit eine wirkliche Verantwortung, und das Kabinett lebte weiter. Aber was wäre das für ein Leben gewesen! Würde es gestern zur Abstimmung gekommen sein, so hätte man wahrscheinlich heute morgen in der gesamten rechtsstehenden Presse bis hinein in die Blätter der Volkspartei sehr lehrhafte Redenerempel gefunden. Die Summe aller Abgeordneten, die für irgendein Mißtrauensvotum gestimmt hätten, wäre gezogen worden. Und es ist kein Zweifel, daß sich bei der gestrigen Zufallsbesetzung des Reichstages dabei eine Mehrheit von Mißtrauensvotanten ergeben hätte. Eine schöne Heise wäre dann gegen den Kanzler und das Kabinett losgegangen. Ueber den Kanzler hätte man gespottet, der nicht leben noch sterben konnte. Ueber das Kabinett hätte man gehöhnt, zu dem keine Mehrheit Vertrauen habe. Und vielleicht hätte ein ganz Witziger seinen Zweifel an der weiteren Lebensdauer des Kabinetts durch die Frage ausgedrückt: „Hast Du zur Nacht gebetet, Desdemona?“

Jetzt gilt es, öffentlich Farbe zu bekennen. Der Kanzler hat die Konspiratoren aus allen Lagern mit ihren Scharen gezwungen, die offene Feldschlacht anzunehmen. Und die Regierungsparteien haben gestern in später Nachmittagsstunde eine Art von Generalprobe für den Truppenaufmarsch vorgenommen, als sie beantragten, die Sitzung bis in die nächste Woche zu vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, alle ihre Mitglieder heranzuziehen. Das Ergebnis dieser Probe war höchst zufriedenstellend. Denn von den Mehrheitssozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen erhob sich alles, was im Hause war, zugunsten der Vertagung. Niemand wollte den Einbruch erwidern, als ob er es auf eine schnelle Ministerstürzerei abgesehen hätte.

Für das Vertrauensvotum der Regierungsparteien wird sich am Mittwoch eine Mehrheit ergeben. Sie wird vielleicht sogar größer sein, als man heute rechnerisch anzunehmen geneigt ist. Denn sowohl die Volkspartei als die unabhängige Sozialdemokratie haben bis in die Mitte der nächsten Woche hinein reichlich Zeit, sich ihre Stellungnahme zu überlegen und die Rücksicht abzuwägen, die sie auf die doch wahrhaftig nicht leichte außenpolitische Situation des Reiches nehmen wollen. Wenn die beiden Flügelparteien des Regierungsbündels allein von diesen sachlichen Erwägungen sich leiten lassen, so kann ihnen die Entscheidung gar nicht schwer werden. Der unabhängigen Sozialdemokratie kann nichts daran gelegen sein, die Aktionsfähigkeit eines Kabinetts zu schwächen, dessen Außenpolitik sie billigt. Sie könnte ihre Hand zur Untergrabung der Autorität und damit zum schließlichen Sturz der Regierung nur dann bieten, wenn sie gewillt wäre, entweder die Chancen einer sozialistischen Opposition gegen eine bürgerliche Regierungsmehrheit mit einem Reichskanzler aus dem rechten Flügel des Zentrums auszukosten, oder wenn sie glaubte, eine „reine Arbeiterregierung“ mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammen bilden zu können. Aber um die verheerenden außenpolitischen Folgen der ersten Möglichkeit in Kauf zu nehmen, ist sie weder bösartig noch fahrlässig genug, und der zweiten Möglichkeit wird sie bei ruhiger Erwägung wohl kaum sehr große Chancen geben.

Auch die Volkspartei wird sicher genügend politische Einsicht besitzen, um nicht mit einem Feuer zu spielen, an dem sie sich nicht nur selbst sehr leicht die Hände verbrennen, sondern mit dem sie unter Umständen einen politischen Brand entfachen kann, der das Haus des Reiches bedroht. Die Lage der Deutschen Volkspartei ist allerdings sehr eigenartig. Sie kann nicht gut für ein Vertrauensvotum stimmen, nachdem sie selbst ein Mißtrauensvotum eingebracht hat. Es wird ihr aber auch sehr schwer fallen, ihren Mitgliedern die Freiheit der Abstimmung zu geben angesichts der feststehenden Tatsache, die ihr Mißtrauensvotum auszeichnete. Der Antrag der Deutschen Volkspartei stellt nämlich nicht der Reichsregierung, sondern dem Reichskanzler persönlich des Mißtrauens aus. Hält sie diesen Mißtrauensantrag aufrecht